

## Der Sozialstaat und die Wirtschaftskrise

Sehr geehrte Damen und Herren,

allein mit juristischen Überlegungen werden wir die Ursachen der Wirtschaftskrise nicht ergründen. Wir müssen weit über das rein juristische Denken hinausgehen, um das Thema zutreffend erfassen zu können. Die Ursachen der Krisen sind vorrangig das Ergebnis politischer Entscheidungen und Rahmenbedingungen. Hieraus geben sich ökonomische Folgen und Gesetzmäßigkeiten.

Bei der Suche nach den Ursachen der Krise müssen aber auch historische, soziologische und philosophische Aspekte berücksichtigt werden. All diese Blickwinkel können dazu beitragen, die Ursachen der Wirtschaftskrise aufzudecken. Wenn diese dann hinreichend bestimmt sind, schlägt auch die Stunde der Juristen. Denn es werden in erster Linie Rechtsvorschriften sein, die dazu beitragen können, eine neue Finanz- und Wirtschaftskrise zu verhindern.

Ich möchte also politisch beginnen und daran ökonomisch anknüpfen. Dann möchte ich Sie an das Lebenswerk eines bekannten deutschen Philosophen erinnern und Sie auf einen Ausflug in die Geschichte der beiden deutschen Staaten mitnehmen. Schließlich aber werden es juristische Überlegungen sein, die uns einen Weg in die Zukunft weisen können.

Ich beginne politisch. Im Raumschiff Bundestag gibt es zum Glück einen regelmäßigen Shuttledienst, mit dem man wieder in die Wirklichkeit gelangen kann. Das sind die persönlichen Begegnungen mit sehr unterschiedlichen Menschen und die vielen Briefe, die jedem Abgeordneten die Möglichkeit eröffnen, den Kontakt zur sozialen Realität nicht zu verlieren. Unlängst erhielt ich einen Bürgerbrief überschrieben mit "Volkes Stimme."

Ich zitiere: *"Meine Frisörin Frau Bo., mit der ich bei der monatlichen Haarpflege über Gott und die Welt plaudere, sagte neulich, als wir das Stichwort "Finanzkrise" erwischten: "Mich regt das nicht auf. Ich habe schon jahrelang eine Finanzkrise."*

Muss man sich wirklich die Frage stellen, ob die Regierenden und die Reichen das nicht wissen? Oder besser: Warum waren die Hunderte von Milliarden Euro, die man jetzt den Banken, den notleidenden Autoproduzenten und anderen Konzernen zuschiebt, vorher nicht da, um diese Finanzkrise der einfachen Leute zu überwinden?"

Die einfachen Leute - das sind die vielen Menschen, die von ihrer Arbeit Lohn nicht leben können. Millionen in unserem Land folgen der invitatio der Leistungsgesellschaft. Sie leisten harte Vollzeitarbeit. Ich denke an die Leiharbeiter, die 1-Euro-Jobber und an die studierenden Kinder armer Leute. Ich denke aber auch die Millionen, die schon keine Arbeit haben. Automatisierung und Globalisierung haben ihrer Leistungsbereitschaft die Grundlage entzogen.

Diese Millionen haben täglich Finanzkrisen. Doch die Regierung spannte nur Regenschirme über den Regenmachern der Kredit- und Realwirtschaft auf. Deren Finanzkrise war schnell beendet. Die Finanzkrise der einfachen Leute aber dauert unverändert an. Während die Deutsche Bank und sogar die staatseigene HRE schon wieder üppige Boni auszahlen, leben Millionen Menschen unverändert auf der Malus-Seite der sozialen Realität. Allein das Bundesverfassungsgericht hat unlängst wieder einmal Mut zum Umdenken gezeigt. Es hat seine

bisherige Rechtsprechung von der Pflicht des Staates zur Sicherung des Existenzminimums entscheidend verändert. Das Bundesverfassungsgericht hat ein soziales Grundrecht auf Gewährung dieses Minimums angenommen. Die Hüter der Verfassung haben dieses Recht als "bedingungsfeindlich" bezeichnet. Sie haben seine qualitativen Bestandteile benannt: Es ist nicht nur das nackte (physische) Überleben in unserem Staat geschützt, sondern auch die gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe. Das ist ein großer juristischer Fortschritt, eine kleine juristische Revolution. Der verbale Putsch hiergegen folgte auf dem Fuß. Herr Westerwelle verglich die Lebensrealität von Hartz IV - Empfängern mit der Dekadenz der antiken römischen Oberschicht.

Das offenbart nicht nur die völlige Kleingeistigkeit und historische Ahnungslosigkeit eines eitlen und lebensfremden Außenministers. Es zeigt auch, dass die neoliberale Politik unseres Landes bis heute nicht einmal verstanden hat, worin die eigentliche Krise bestand und weiterhin besteht. Die gesammelten Fehlannahmen dieser Politik machen neue Finanz- und Wirtschaftskrisen sehr wahrscheinlich. Bis heute hält sich die Mär von der Wirtschaftskrise als Folge einer Finanzkrise, die aus dem Zusammenbruch einer einzigen Bank herrührte.

Als Jurist fällt es mir naturgemäß nicht leicht, solchen wirtschaftswissenschaftlichen Weisheiten zu widersprechen. Aber ich widerspreche trotzdem. Mit einem ökonomischen Gleichnis. Ich lade Sie zu einem Gedankenexperiment ein.

(\*\*\*)

Sicherlich kennen Sie das Brettspiel Monopoly. Die Ursachen und Strukturen der Finanzkrise lassen sich anhand dieses Spiels gut veranschaulichen. Stellen Sie sich bitte vor, unsere Wirtschafts- und Finanzordnung entspräche den Regeln dieses Spiels. Allerdings müssten die Spielregeln in einem Punkt dem wirklichen Leben angepasst werden: Die Spieler müssten zunächst würfeln, wer Unternehmer sein darf und wer Arbeitnehmer sein muss. Sie klären damit die Gnade ihrer Geburt. Dann würde die Spielbank das Kapital ausgeben. Ein paar Unternehmer erhalten den Löwenanteil. Die vielen Arbeitnehmer erhalten einen Vorschuss auf die erste Bahnfahrkarte und die Miete. Jetzt geht das Spiel los. Die Arbeitnehmer müssen sich schnell Arbeit suchen und erhalten dann bei jeder Runde monatlichen Lohn.

Zunächst läuft das Spiel wie beim echten Monopoly. Die Unternehmer sind zunächst bestrebt, mehr Felder zu kaufen, zu bebauen und auszubauen. Bei jeder Runde gibt es dann Profit für die Leistungen, die von den Arbeitnehmern erbracht wurden. Doch um den Profit zu steigern, versuchen die Unternehmer, die Ausgaben für die Löhne ihrer Arbeitnehmer gering zu halten. Sie kürzen oder streichen das Weihnachtsgeld. Sie zahlen nicht nach Tarif. Sie zahlen Hungerlöhne, von denen man nicht leben kann. Sie ersetzen Menschen durch Maschinen. Sie drohen, bei Widerstand aus dem Spiel auszusteigen. Sie verweisen auf die unternehmerische Freiheit. Die materielle Ungleichheit der Spielfiguren interessiert sie nicht. Sie appellieren auch immer wieder an die Spielbank, die Steuern zu senken. Nun hat die Spielbank zunehmend weniger Geld für die sozialen Leistungen, die verarmte Spieler am Rathausplatz beantragen können. Nun aber sinkt die allgemeine Kaufkraft auf dem Spielbrett. Lohndumping und Stellenstreichungen haben das Lohneinkommen lädiert und die Arbeitnehmer von Sozialleistungen abhängig gemacht. Doch gleichzeitig haben Steuergeschenke an die Arbeitnehmerspieler die sozialen Kassen geleert. Die vielen Arbeitnehmerspieler können die Miete im Hotel nicht mehr bezahlen. Sie haben kein Geld für die Fahrkarte, wenn sie am Südbahnhof ankommen.

Nach einiger Zeit ist es auf dem Spielbrett gespenstig leer geworden. Nur noch wenige Spieler können es sich leisten, auf zahlungspflichtige Spielfelder zu treten. Nun nützt den verbleibenden Spielern das viele angehäuften Spielgeld überhaupt nichts mehr. Weil es nun überhaupt keinen Sinn mehr macht, neue Flächen zu kaufen oder die Produktion auszubauen. Weil es viel zu wenig Kaufkraft am Markt gibt.

Die meisten Menschen würden jetzt entnervt das Spiel abbrechen. Sie würden sagen, dass das Spiel sehr schlecht konzipiert ist, weil es immer mit demselben langweiligen Ergebnis endet. Aber vielleicht gäbe es doch noch Spieler, die weiterspielen wollen. Es macht zwar überhaupt keinen Sinn mehr, in ein Wachstum zu investieren, weil es dafür an Kaufkraft fehlt. Aber die verbliebenen Unternehmer könnten jetzt immerhin mit der Spielbank Wetten abschließen. Zum Beispiel könnten sie darauf wetten, dass ein anderer Unternehmer schneller pleite ist, als sie selbst. Oder sie könnten wetten, dass die Wette eines anderen Spielers auf die Wette eines weiteren Spielers günstig ausgeht. Die Wetten würden immer irrwitziger werden und die Wettsummen immer gigantischer. Bis über die wilde Verknüpfung der Wetten untereinander eine plötzliche Kettenreaktion einsetzt.

Dann gibt es eine Finanzkrise. Die Bank ist pleite. Natürlich wird jetzt der Ruf nach neuem Spielgeld laut. Es gehe um den Erhalt der Realwirtschaft. Dass deren Wachstumsschwierigkeiten schon viel früher begannen, ist jetzt vergessen. Jetzt gehe es um den Erhalt der Arbeitsplätze. Und keiner soll es wagen, von Enteignung zu sprechen. Diejenigen, die schon der Markt enteignet hatte, führen sich gleichwohl so auf, als wollte sie nun der Staat berauben, in dem er sie enteignet. Frisches Geld und - am besten - eine Badbank müssen her. Nur die Gier kennt offenbar keine Krise. Das Spiel muss weitergehen. Zumindest so lange, bis sich seine schwerwiegenden Konzeptionsdefizite das Nächste mal bitter rächen. So lange sie bestehen, wird es immer wieder Finanz- und Wirtschaftskrisen geben. Denn das Spiel scheiterte gar nicht an einer Finanzkrise. Es scheiterte schon viel früher an einer Gerechtigkeitskrise. Es scheiterte an einem eklatanten Missverhältnis zwischen Kapitalertrag und Lohn Einkommen. Der Konzeption des Spiels fehlt es an solchen Elementen, die eine breite Verteilung des Wohlstandes absichern.

Vergeblich suchen wir dazu in der Spielanleitung Instruktionen, wie diese:

"Die Arbeit ist die Quelle des Volkswohlstandes und steht unter dem besonderen Schutz des Staates."<sup>1</sup>

"Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten."<sup>2</sup>

"Kapitalbildung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Entfaltung der Volkswirtschaft. Das Geld- und Kreditwesen dient der Werteschaffung und der Befriedigung der Bedürfnisse aller Bewohner."<sup>3</sup>

Das waren Zitate aus einer bestehenden Verfassung. Es ist die bayrische. Ihre besten Artikel haben nie die Wirklichkeit erreicht. Wären diese Strukturprinzipien in der Spielanleitung enthalten, dann müssten die Spieler nicht länger glauben müssen, dass Geld arbeiten kann. Dann gäbe es breite Kaufkraft. Dann könnte es auch Wachstum geben. Dann würde das Kapital in eine blühende Realwirtschaft investiert und müsste nicht zum Risiko aller verzockt werden.

Warum ändern wir nicht die Spielregeln? Warum spielen wir dieses Spiel in der Wirklichkeit. Warum halten so viele Menschen dieses Spiel für verantwortbar, obwohl seine Ergebnisse offensichtlich verheerend sind. Seine Ergebnisse sind auf der einen Seite: Gier, Maßlosigkeit und Überheblichkeit. Seine Ergebnisse sind auf der anderen Seite: Angst, Armut und verletzte menschliche Würde.

---

<sup>1</sup> Art. 166 Absatz 1 Bayerische Landesverfassung

<sup>2</sup> Art. 151 Absatz 1 Bayerische Landesverfassung

<sup>3</sup> Art. 157 Abs.1 und Abs.2 Bayerische Landesverfassung

Wir dürfen dieses Spiel nicht weiter spielen. Es ist nicht nur inhuman. Es ist auch großer ökonomischer Unfug. Wir müssen der Idiotie des realen Monopoly eine Utopie einer gerechten Gesellschaft entgegensetzen.

Gemeinhin gebraucht man heute das Wort „Utopie“ als gleichbedeutend mit „irreal“ oder „Wunschtraum“. Das ist unangebracht. Wir leben heute in den verwirklichten Utopien der Denker der Vergangenheit. Die Freiheit des Menschen von Sklaverei war die Utopie der Antike. Gewaltenteilung war die Utopie des ausgehenden Mittelalters. Die repräsentative Demokratie war einmal utopisch. Noch im 18. Jahrhundert waren Rechtsstaatsprinzip und Rechtsweggarantie Utopien. Mit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts verwandelte sich eine Utopie in politische Realität. Das Utopische ist potenzielle Realität. Wer Utopien verachtet, lehnt gesellschaftlichen und politischen Fortschritt ab.

(\*)

Sie kennen sicherlich Ernst Bloch oder Sie haben - umso sicherer - schon von ihm gehört. Ernst Bloch war Professor für Philosophie an der Leipziger Universität. Er wurde am 8. Juli 1885 in Ludwigshafen am Rhein geboren und starb am 4. August 1977 in Tübingen. Eines seiner Lieblingswörter war das Wort Hoffnung. Ein anderes das Wort Utopie. Für ihn war „Utopie“ ein wissenschaftlicher Begriff. Zwei Dinge machen diesen Begriff aus. Erstens: die unerhörten Anstrengungen, die es uns Menschen kostet, im Kopf eine Welt zu denken, die wir in der Realität noch nicht erfahren können. Zweitens: die Pflicht des Menschen, diese Anstrengungen dennoch auf sich zu nehmen. Erst diese Anstrengungen machen uns menschlich. Bloch hätte vermutlich gesagt, wer keine Visionen hat, der soll zum Arzt gehen. Es fehlt ihm etwas. Er braucht dringend Hilfe.

(\*)

Wir diskutieren heute die Krisenanfälligkeit der gegenwärtigen Gesellschaft. Wenn wir zudem künftige Krisen für absehbar halten und gerade verhindern wollen, dann reden wir über das Morgen und damit über das, was noch keine Wirklichkeit ist. Wir sprechen dann über Utopien. Der vornehmste Text, den wir als Juristen kennen, ist der Text der Verfassung. In Verfassungen, auch im Grundgesetz, finden wir Utopien. Denn in Verfassungen entdecken wir die Grundvorstellung einer Gesellschaft, die es noch nicht gibt, wenn die Verfassung geschrieben wird. Die Verfassung ist also nicht der Schlussstein, sondern der Grundstein eines gesellschaftlichen Gebäudes.

Als die Mütter und Väter des Grundgesetzes in den Jahren 1948/49 den Grundstein für die westdeutsche Gesellschaft entwarfen, taten sie das inmitten einer elenden Trümmerlandschaft. In einer Zeit als das wirtschaftliche und soziale Elend allgegenwärtig war, formulierten sie eine vorsichtige Utopie des sozialen Staates. Sie wollten kein reales Monopoly errichten, sondern einen sozialen Staat. In gleichem Rang mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Föderalismus fügten sie den Sozialstaat als tragendes Element in das neue Staatsgebäude ein:

*"Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat." heißt es in Artikel 20, Absatz 1 Grundgesetz.*

Auch die einzelnen Bundesländer verpflichteten sie in Artikel 28 Grundgesetz auf den Grundsatz des "sozialen Rechtsstaats". Und in Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz unterwarfen sie auch das Sozialstaatsprinzip der sogenannten Ewigkeitsklausel. In ihr spiegelt sich das tiefe Misstrauen der Mütter und Väter des Grundgesetzes gegenüber den nachfolgenden Generationen wider. Die Vorschrift verbietet die Änderung bestimmter Kerngedanken des Grundgesetzes und schreibt diese so auf "ewig" fest - zumindest solange das Grundgesetz gilt. Zu diesen Kerngedanken gehört auch das Sozialstaatsprinzip.

Die Wortführer des realen Monopoly, die Neoliberalen, haben den Menschen zwanzig Jahre lang weismachen können, der Sozialstaat sei nicht bezahlbar. Doch es besteht eine verfassungsrechtliche Pflicht für die dazu nötigen staatlichen Einnahmen zu sorgen. Diejenigen, die diese Pflicht leugnen, sind Verfassungsfeinde, bestenfalls Verfassungsignoranten.

Die Ignoranz wird allerdings befördert durch die gegenwärtige Struktur des Grundgesetzes. Denn die Verfassungseltern verfahren mit den tragenden Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und des Föderalismus viel präziser, als mit dem des Sozialstaatsgebotes. Sie schufen eine Fülle von Vorschriften, die die Demokratie beschreiben und absichern. Sie schrieben konkrete Freiheitsrechte in die Verfassung, die dem Einzelnen Schutz vor der Willkür des Staates verschaffen. Sie konstruierten eine fein abgestimmte Machtverteilung und Machtkontrolle zwischen den obersten Institutionen des Staates und zwischen dem Bund und den Ländern.

Doch die Verfassungseltern präzisierten nicht die Pflicht des Staates zur sozialen Aktivität. Sie schufen auch keine einklagbaren sozialen Grundrechte für die Bürgerinnen und Bürger. Vielleicht fehlte es Ihnen an Mut. Vielleicht vermieden sie nur Übermut. Mehr wagten sie jedenfalls für die soziale Zukunft nicht zu hoffen.

(\*)

Während man über diese Utopie noch beriet, kehrte der Philosoph Ernst Bloch nach Deutschland heim. Er war seit 1933 vor den Nazis durch ganz Europa und dann in die USA geflohen und nun ging es ihm wie Thomas Mann, wie Helene Weigel, wie Berthold Brecht. Wer seinerzeit nach Deutschland heimkehren wollte, musste ein Deutschland dafür wählen. Bloch wählte sein Deutschland. Ein Jahr vor den abschließenden Beratungen des Grundgesetzes folgte Bloch einem Ruf an die Leipziger Universität als Professor für Philosophie. Im Gepäck hatte er sein Hauptwerk dabei. Er hatte es während des Exils in den USA verfasst. Das Hauptwerk trägt einen Titel, der so gar nicht in das Jahr 1948 zu passen scheint: "Das Prinzip Hoffnung." Das zweite Lieblingswort des Philosophen.

Hoffnung bedeutet für Bloch nicht das Bauen von Luftschlössern oder die Pflege von Wunschbildern. Bei ihm ist die Hoffnung kein Träumen, sondern die erste Tat für den Aufbruch in die Zukunft. Menschen, die hoffen, machen sich frei von den Schranken des Denkens ihrer Gegenwart. Sie gewinnen damit die Fähigkeit, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Wer dagegen nicht hofft, wird niemals wissen können, wofür er kämpfen soll. Bloch hoffte auf eine sozialistische Gesellschaft, in der die Gleichen frei sind und die Freien gleich. Und er kämpfte für diese Gesellschaft sein Leben lang. In Leipzig lehrte er seine Studenten, dass es einmal eine große humane Utopie gegeben hatte, die dann leider in zwei Hälften zerbrochen war.

Im frühen 19. Jahrhundert wurde dieser Bruch zu einem Bruch des Humanismus. Er zerfiel in die liberale und die sozialistische Bewegung. Der Liberalismus richtete sein Hoffen auf die Befreiung des Menschen von staatlicher Erniedrigung und Entrechtung. Der Sozialismus kämpfte für die Befreiung des Menschen von Elend und Mühsaal. Dieses Schisma unter Brüdern wollte Bloch als Marxist überwinden. Darauf richtete sich sein Hoffen. Die Befreiung des Menschen könne nur glücken, wenn der Mensch unter Gleichen in Freiheit lebe. Bloch sagte seinen Studenten in Leipzig Sätze, wie den folgenden:

*"Die sozialistische Oktoberrevolution ist gewiss nicht dazu bestimmt gewesen, dass die fortwirkenden, in der ganzen Westwelt erinnerten demokratischen Rechte der französischen Revolution zurückgenommen werden (...)."*

In der "Westwelt" Deutschlands hatte man die demokratischen Rechte der französischen Revolution weitgehend gesichert. Die soziale Oktoberrevolution dagegen empfand man als fortwirkende, ernste Bedrohung. Das Schisma, das Bloch beschrieben hatte, war zu einem

nationalen Schisma der Deutschen geworden. Zwischen dem Reich der Freien und dem Reich der Gleichen verlief der Stacheldraht.

Doch auch in der Bundesrepublik hatte man sich mit der Sozialstaatlichkeit eine eigene, bescheidene, soziale Utopie gegeben. Diese Utopie war klein auf dem Papier der Verfassung. In der Wirklichkeit wuchs sie sich jedoch ganz beachtlich aus. Das lag nicht nur daran, dass die Bundesrepublik sich aus der Asche zu einer der stärksten Wirtschaftsmächte der Welt entwickelte. Es lag auch daran, dass man im Osten des Landes ein Paradies der sozialen Gleichheit versprach.

Am 17. August 1956 formulierten die Richter des Bundesverfassungsgerichts eine großzügige Interpretation des schmalen sozialen Verfassungstextes. Ich zitiere:

*"Die freiheitliche Demokratie ist von der Auffassung durchdrungen, dass es gelingen könne, Freiheit und Gleichheit der Bürger trotz der nicht zu übersehenden Spannungen zwischen diesen beiden Werten allmählich zu immer größerer Wirksamkeit zu entfalten und bis zum überhaupt erreichbaren Optimum zu steigern."*

Es ist ein Satz, dessen Hintergrund noch bemerkenswerter ist, als sein Inhalt. Denn der Satz stammt nicht aus einer der vielen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes zum Umfang der bundesdeutschen Sozialstaatlichkeit. Die Passage entstammt vielmehr der Begründung eines Urteiles, mit dem das Gericht die Kommunistische Partei Deutschlands verbot. Der Zusammenhang liegt auf der Hand: Das Gericht versprach der Gesellschaft, dass es unnötig ist, für das Ziel sozialer Gleichstellung den demokratischen Staat zu stürzen. In einem reichen Land sei das Optimum zwischen Freiheit und Gleichheit schließlich viel mehr als ein Almosen und der Reichtum sei immer auch Allgemeingut.

Dies war der Leitgedanke, der lange Zeit in der Bundesrepublik Früchte trug. Die Renten stiegen auf ein erträgliches Maß. Die Krankenversorgung verbesserte sich stetig. Die Unterstützungsleistungen für Arbeitslose und Berufsunfähige entwickelten sich günstig. Der Staat geizte nicht bei der Förderung der Bildung der sozial Schwächeren. Die Schichten der Gesellschaft wurden durchlässiger und der Gegensatz zwischen Arm und Reich klaffte weit weniger stark auseinander als heute.

Zu den Lebenslügen der westdeutschen Gesellschaft gehört die irrige Vorstellung, dass man sich diese soziale Entwicklung nur selbst zu verdanken hatte. Wäre dem so, so würde die Entwicklung heute noch stattfinden. In Wahrheit war das Ringen um mehr Gleichheit in der Freiheit auch dem Systemwettstreit geschuldet. Die Bundesrepublik suchte nicht nachhaltig nach der Formel für eine Einheit aus Wirtschafts- und Sozialpolitik. Aber sie war immerhin ein Land, das dichte Netze spann, um Menschen vor Elend und Erniedrigung zu bewahren. Der Kapitalismus musste zu seinem Überleben beweisen, dass auch er für sozialen Fortschritt sorgen konnte. Und ausgerechnet Ernst Bloch sollte ihm dabei helfen.

Man sagt, die Leipziger Studenten der fünfziger Jahre liebten Bloch. Vielleicht auch deshalb, weil das Hoffen das Privileg der Jugend ist und der seinerzeit über 60jährige ihnen mit seiner Hoffungsphilosophie zeitlos jung erscheinen musste. Ich stelle mir vor, dass sie gemeinsam hofften, ein Deutschland aufzubauen, das mit allen Übeln seiner Vergangenheit gebrochen hatte.

Ein Land ohne Nazis in den Führungsetagen von Wirtschaft und Politik.

Ein Land des Friedens.

Ein Land ohne Ausbeutung und mit gerecht verteiltem Wohlstand.

Ein Land, in dem jeder frei leben, frei sprechen und denken kann.

Ein Land, in dem man die Unfähigkeit der Mächtigen offen kritisieren darf.

Ein Land, in dem die Wahrheit diskutiert und nicht verordnet wird.

Ein Land, in dem das Schisma des Humanismus überwunden wird.

1957 reichte es dann der SED. Ernst Bloch wurde zwangsemeritiert. Er galt fortan als Verführer der Jugend. Vielleicht hat ihn das stolz gemacht. Sokrates hatte man dasselbe vorgeworfen. Aber dem reichte man den Giftbecher. Bloch wurde nur schikaniert. Seine Schriften wurden nicht mehr gedruckt. In der Öffentlichkeit durfte er nicht mehr auftreten. Für einen Philosophen bedeutet das natürlich Arbeitsverbot.

Nach dem Bau der Berliner Mauer ging er 1961 in die Bundesrepublik. Nun wählte er doch das andere Deutschland. Kenner seiner Schriften sagen allerdings, dass sich seine Philosophie damit nicht ein Stück änderte. Er vertrat dieselben Kernthesen mit denselben Argumenten. Es ist wohl nur so, dass es ihm leichter fiel, in der Welt der Freiheit für mehr Gleichheit zu kämpfen, als in der Welt der Gleichheit für mehr Freiheit.

In der alten Universitätsstadt Tübingen hielt er seine Antrittsvorlesung unter dem Titel: "Kann Hoffnung enttäuscht werden". Bloch antwortete fröhlich: "Gewiss kann sie das - und wie." Doch bis zu seinem Tod hoffte er weiter. Er wurde zu einem lehrenden Teil der Studentenbewegung. Er kämpfte gegen die Neutronenbombe, gegen die Notstandsgesetze, gegen den Abtreibungsparagraphen, gegen Berufsverbote für Linke und immer wieder für die Gleichheit der freien Menschen. Die kulturelle Revolution der Studenten wäre ohne ihn anders verlaufen. (1977 starb er.)

Die Bundesrepublik fand nie zu einem Optimum bei der Vermittlung von Freiheit und Gleichheit. Noch schlimmer ist, dass sie die Suche nach diesem Optimum plötzlich aufgab. Im Herbst 1989 stürzten die Menschen in der DDR den real existierenden Sozialismus und damit das Konkurrenzmodell zur Bundesrepublik. Als sie im Frühjahr 1990 die Wiedervereinigung forderten, entschieden sie sich nicht nur für Freiheit. Sie votierten für Freiheit in sozialer Sicherheit. Die geschichtliche Ironie ist bitter: Mit diesem Votum endete der Systemwettbewerb und damit die Chance, dieses Votum einzulösen. Auch die konservative Frankfurter Allgemeine Zeitung räumte genau das unlängst in einem Artikel ein. Ich zitiere das einmal. Trotz der begrifflichen Unschärfe im Zitat.

*"Manchem wird erst jetzt bewusst, wie sehr die Konkurrenz des Kommunismus, solange sie bestand, auch den Kapitalismus gebändigt hat."* (FAZ vom 2. Januar 2008, „Die Systemfrage“ von Stefan Dietrich)

1989 endete nicht nur der erste historische Sozialismus. Sondern es endete vorerst auch der Kampf des Kapitalismus um sein Dasein. Das Grundgesetz wurde die Verfassung des geeinten Deutschlands. Doch seine kleinen sozialen Passagen wurden nun plötzlich ganz anders gelesen oder schlicht ignoriert. Auch die Interpretation des Bundesverfassungsgerichtes - die ich zitierte - geriet in Vergessenheit. Ab der Mitte der 90ziger Jahre setzte ein massiver Rückbau sozialer Leistungen ein. Die soziale Utopie der Verfassung errichtete man einst unter den allerschlimmsten wirtschaftlichen Bedingungen. Nun sollten die behaupteten Bedürfnisse einer blühenden Wirtschaft erhalten, um Sozialabbau zu rechtfertigen.

Nun wurde das Brettspiel des realen Monopoly über das Land gebreitet. Die Staatsdoktrin der neoliberalen Politik wurde die Brotkrumentheorie: Man müsse die Tische der Reichen füllen, bis sie sich biegen - dann fielen auch allemal genug Krümel in die Münder der Armen hinab. Die Brotkrumentheorie besagt: In einer weltweiten Finanzkrise muss man wieder viel Brot auf die Tische der Banken und Unternehmer stellen, sonst fehlt es an Krümeln für die Arbeitnehmer. Nur von der gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Brotes handelt diese Theorie schon im Ansatz nicht. Sie hat nichts zu tun mit der Suche nach dem Optimum zwischen Freiheit und Gleichheit. Sie ist die Verachtung dieser Suche. Sie ist die Verachtung der Hoffnung auf die Erfüllung der humanen Utopie.

(\*)

Kann Hoffnung enttäuscht werden? Ja. Muss man sich mit der Hoffnung mäßigen, wenn sie enttäuscht wurde? Nein. Was sollen wir schlussfolgern aus einem Kapitalismus, der zu sozialen Leistungen nur unter großem Druck fähig ist? Dass wir wieder Druck machen müssen! Ich schlage vor, wir sollten uns hoffend betätigen. Im Blochschen Sinne.

Nicht indem wir Luftschlösser bauen oder Wunschbildern nachhängen. Sondern indem wir die Pflicht auf uns nehmen, die humane Utopie zu entwickeln, die weder im Osten, noch im Westen jemals verwirklicht worden ist: Die Überwindung des humanen Schismas. Die alte Aufgabe ist immer noch unerfüllt. Wir müssen sie erfüllen. Für ein Land, in dem die Freien gleich und die Gleichen frei sind. Nur für den einen Teil dieser Utopie gibt es bereits ein bewährtes Verfassungsgebäude.

Das Grundgesetz hat sich bewährt bei der Sicherung der Demokratie. Es hat sich bewährt bei der Sicherung der Freiheitsrechte und des Rechtsstaates. Es hat seine liberale Utopie in die Wirklichkeit umgesetzt. Das ist viel wert. Weimar ist das nicht gelungen. Doch die soziale Utopie des Grundgesetzes war zu zaghaft formuliert. Erst recht, um gegen die weltpolitische Erschütterung in den frühen 90ziger Jahren und die Finanz- und Wirtschaftskrise dieser Tage bestehen zu können. Wir müssen stabile Formulierungen finden, um der Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit eine beständige und zuverlässige Grundlage zu geben.

(\*)

Verfassungstexte können eine gewaltige Macht haben. Sie sind die Formulierung einer Utopie, die verpflichtet und berechtigt. Sie sind Grundsteine der Gesellschaft und deshalb die Hoffnung, auf die sich bauen lässt. Sie zwingen die Institutionen des Staates und sie können dem Einzelnen in hohem Maße Selbstbewusstsein und Kraft geben. Wem man in der Bundesrepublik den Mund verbietet, der wird sagen "Ich kenne meine Grundrechte, ich darf sagen, was ich für richtig halte. Ich füge mich nicht." Doch wen man in der Bundesrepublik wegen Mietrückständen auf die Straße setzt, der wird sagen: "Das ist der schlimme Lauf der Dinge. Ich muss mich fügen." Als könnte sich der Mensch auf der kalten Strasse an seiner freien Rede wärmen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Verfassung nicht nur vor Entrechtung schützt, sondern auch vor Verelendung.

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem ersten Schritt dafür gesorgt, dass jeder Einzelne ein klagbares Recht auf ein menschenwürdiges Dasein erhält, das ihm die Chance zur Selbstverwirklichung und Entwicklung bietet. Diesen Weg müssen Politik und die Richterinnen und Richter in ihrer Entscheidungspraxis konsequent fortsetzen. Wir müssen die Schere zwischen arm und reich wieder schließen. Wir müssen dafür sorgen, dass das Kapital aus den Wettbüros abgezogen wird, wo es das allgemeine Wohl gefährdet. Wir müssen dafür sorgen, dass es dahin fließt, wo es der humanen Zukunft nützt: - in den öffentlichen Beschäftigungssektor, in die Universitäten, in die Schulen, in die Bekämpfung der Armut, in die Förderung von vergesellschafteter Produktion. Für diese Ziele benötigen wir die passenden Verfassungsentwürfe.

(\*)

Diese Texte existieren. Meine Fraktion (damals noch DIE LINKE) hat schon in der 16. Wahlperiode einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das zaghaft formulierte Sozialstaatsprinzip stärkt und an vielen Stellen in der Verfassung präzisiert. Der Entwurf sieht eine staatliche Verantwortung zur Herstellung einer gerechten Sozialordnung und die Pflicht vor, für die dazu erforderlichen Einnahmen zu sorgen. Ein neues Gleichbehandlungsgebot untersagt Diskriminierungen wegen der sozialen Stellung eines Menschen. Bestehende Benachteiligungen sind zu beseitigen.

Ein sozial gerechtes Verfahrensrecht sorgt für Chancengleichheit vor den Gerichten - dem Prekariat im Rechtsweg könnte so begegnet werden. Einrichtungen und Aufgaben der Daseinsvorsorge (- wie Energie, Wasser, Bahn -) dürfen nicht weiter privatisiert werden. Das gleiche gilt für andere staatliche Kernaufgaben. Erfolgte Privatisierungen sind rückgängig zu machen.

Ein zweiter Gesetzentwurf meiner Fraktion beinhaltet einen umfassenden Katalog sozialer Grundrechte. Ebenso wie die Freiheitsrechte sollen die neuen, sozialen Grundrechte echte, einklagbare Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger gegen den Staat schaffen. Der Katalog umfasst ein Grundrecht auf Arbeit, ein Grundrecht auf soziale Sicherung<sup>4</sup>, ein Grundrecht auf bezahlbaren Wohnraum, ein Grundrecht auf gesundheitliche Daseinsvorsorge und ein Recht auf Migration.

Diese Vorlagen sind im Augenblick noch gute Ideen auf geduldigem Papier. Würden sie aber in den Verfassungstext Einzug halten, hätte sich unsere Gesellschaft bald tiefgreifend geändert. Der Staat wäre verpflichtet, seine politischen und finanziellen Ressourcen auch zur Durchsetzung der sozialen Grundrechte und zur Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips zu verwenden. Er wäre nun nicht allein der Hüter der formalen Freiheit. Er wäre demnach verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Freiheit real wird, indem die Menschen die materiellen Mittel für den Gebrauch der Freiheit erhalten. Er müsste sich daran machen, Millionen von Menschen aus ihrer ganz realen Unfreiheit zu befreien. Er müsste für Freiheit sorgen: vor existentieller Bedrohung, vor Unbildung, vor Armut und vor Entwürdigung. Das ist keine Gleichmacherei. Denn erst wenn Menschen unter fairen Bedingungen und frei von sozialer Angst mit einander wetteifern, entfaltet sich ihr intellektuelles und emotionales Potential zum Wohle aller.

Wenn Sie möchten, können Sie diese Gesellschaft demokratisch-sozialistisch nennen. Aber es ist im Grunde gleich, wie man sie nennt. Niemand müsste in dieser Welt Sozialist sein. Diese künftige Gesellschaft wäre nicht nur das Ergebnis eines moralischen, sondern vor allem auch eines ökonomischen Imperativs. Die Abschmelzung und Umverteilung von Riesenvermögen bringt breiteren Wohlstand. Breiterer Wohlstand bedeutet Kaufkraft. Kaufkraft bedeutet sinnvolles und nachhaltiges Wachstum. Das bedeutet: Rückkehr des Kapitalflusses in den Ausbau der realen Produktion von Waren, Dienstleistung und Wissen. Rückkehr des Kapitalflusses bedeutet: Abzug des Kapitals aus den Casinospielen der Finanzwirtschaft. Das könnte ein wirkungsvoller Schutz gegen ökonomische Erschütterungen und Krisen sein. Das könnte dazu beitragen, den Weg in eine gerechte, freie und wirtschaftlich leistungsfähige Gesellschaft zu ebnen.

Das ist eine Zukunft, die wir uns denken müssen. Sie ist heute noch eine Utopie. Sie kann aber Realität werden, wenn wir pragmatisch genug sind, das Hoffen wieder zu lernen und unseren Hoffnungen auch Taten folgen zu lassen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

---

<sup>4</sup> Hier können, aber müssen wir nicht darauf eingehen, wie sich unser Grundrecht auf soziale Sicherung vom BVerfG gefundenen unterscheidet.